

Bern, 13. Januar 2016

Medienmitteilung

Bundesrat schafft mehr Sicherheit für Arbeitsplätze

Die Bilateralen sind der Königsweg

Der Bundesrat entschied heute auf Antrag von Bundespräsident Johann Schneider-Ammann, den Unternehmen mehr Spielraum zu verschaffen. Er verlängerte die Anspruchsdauer für die Kurzarbeitsentschädigung von bisher 12 auf 18 Monate. FDP. Die Liberalen begrüsst diesen Schritt, der grössere Spielräume für betroffenen Unternehmen schafft und dazu beiträgt, Arbeitsplätze zu erhalten. Doch brauchen Schweizer Unternehmen daneben mehr denn je Rechtssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen, damit Arbeitsplätze in der Schweiz bleiben. Auch der vom Bundesrat verabschiedete Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik zeigt klar: Es gibt keine Alternative zu den bilateralen Verträgen.

Vor einem Jahr liess der Bundesrat die Frankenstärke als Begründung für die Beantragung von Kurzarbeitsentschädigung zu. Er reagierte damit auf die massiv schlechteren Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen, verursacht durch die sprunghafte Aufwertung des Frankens aufgrund der Aufhebung des Franken-Euro-Mindestkurses. Die nun vom Bundesrat auf Antrag von Bundespräsident Johann Schneider-Ammann beschlossene Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitsentschädigung bietet Unternehmen die Möglichkeit, Kurzarbeit weiterzuführen. Die FDP ist froh, dass der Bundesrat dem Bundespräsidenten gefolgt ist, damit künftig weniger Arbeitsplätze verloren gehen und neue geschaffen werden können.

Die Karenzzeit, während der die betroffenen Betriebe die 80 % Entschädigung der Verdienstauffälle selber tragen müssen, senkte der Bundesrat auf einen Tag pro Abrechnungsperiode. Auch das ist eine Massnahme welche die Unternehmen unterstützt und mithilft, dass weniger Entlassungen ausgesprochen werden müssen.

Unternehmen weiter entlasten

Es braucht jedoch noch weitere Schritte, um Unternehmen zu entlasten. Insbesondere sind effektive Massnahmen nötig, die die ausufernde Bürokratie im Zaum halten und die Regulierungswut bremsen. Die FDP hat bereits mit einer Motion eine [Abschätzung der Regulierungskostenfolgen](#) gefordert, die vom Nationalrat mit grosser Mehrheit angenommen worden ist. Auch mit dem Abbau technischer Handelshemmnisse, dem Verzicht auf neue flankierende Massnahmen, einer effektiven Unternehmenssteuerreform III oder einem Mehrwertsteuer-Einheitssatz sinken die Kosten für Unternehmen, der Standort Schweiz bleibt attraktiv und weniger Arbeitsplätze gehen verloren.

Den bilateralen Weg sichern

Bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen und damit verbunden der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen stehen auch im Zentrum des heute vom Bundesrat verabschiedeten Berichts zur Aussenwirtschaftspolitik. Dies ist dringender denn je, schaut man auf die jüngsten Ankündigungen verschiedener Unternehmen, Arbeitsplätze zu streichen. Die Schweizer

Unternehmen brauchen mehr denn je Rechtssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Der Bericht zeigt klipp und klar auf, dass die bilateralen Verträge auch nicht durch ein umfassendes Freihandelsabkommen mit der EU ersetzbar sind, will man die Attraktivität des Standorts Schweiz aufrechterhalten und Arbeitsplätze sichern. Die Bilateralen sind nach wie vor der Königsweg für die Beziehungen der Schweiz mit der EU.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

Kontakte

- › Philipp Müller, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 330 20 79
 - › Damian Müller, Ständerat, 079 569 09 39
 - › Beat Walti, Nationalrat, 079 296 72 25
 - › Georg Därendinger, Kommunikationschef, 079 590 98 77
 - › Aurélie Haenni, Pressesprecherin Westschweiz, 079 315 78 48
-

Die FDP ist seit 1848 der Garant des Erfolgsmodells Schweiz. Wir sichern dank unserer Wirtschaftskompetenz dem Standort Schweiz optimale Rahmenbedingungen, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden. Und wir stehen ein für die bilateralen Verträge, aber gegen einen EU-Beitritt.